



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Notstand in Paris.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der Notstand in Paris.



Wenn Frankreich sich zufrieden fühlt, so ist die Welt ruhig, sagte einst der Kaiser Louis Napoleon, der nach Tocquevilles Ausspruch ein Meister im „monumentalen Französisch“ war, und es leidet keinen Zweifel, daß jenes Diktum insoweit richtig ist, als, wenn Paris, welches Frankreich bedeutet, zu murren beginnt, ganz Europa die Ohren spitzt. Das ist gegenwärtig der Fall. Es herrscht seit einiger Zeit in der Hauptstadt der Republik eine Krisis, die bis jetzt zwar nur wirtschaftlicher Natur ist, nur auf gewerblichem Gebiete sich entwickelt hat; aber die betreffenden ökonomischen und sozialen Fragen gehen in einer Stadt, wo an hundert Stellen vulkanische Gluten glimmen, leicht in politische über. Die Sache ist wohl noch nicht so schlimm, wie manche Artikel in deutschen Blättern sie darstellen, dennoch verdient sie Beachtung, zumal da die Herren Gesetzgeber im Palais Bourbon es für geboten hielten, eine ganze Woche über sie zu verhandeln. Der Notstand, über den sie debattirten, existirt unzweifelhaft, aber wohl nicht in viel größerem Maße, als in jedem Winter der letzten Jahre. Die Industrie liegt in vielen ihrer Zweige darnieder, und infolge dessen herrscht in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung viel Elend. Aber niemand weiß recht, wie dem Übel zu steuern wäre. Auch die Kammer wußte es nicht, obwohl Vorschläge zur Abhilfe genug laut wurden. Einer der Redner riet zur Erhöhung der Schutzzölle, die in Frankreich schon sehr hoch sind, ein bonapartistischer Abgeordneter erblickte das einzige Heilmittel in der Wiederaufrichtung des Kaisertums, ein Parteigenosse desselben meinte, die Wurzel des Übels sei in der Genußsucht der arbeitenden Klassen zu suchen, ein Ultramontaner wies auf die Kirche hin, die hier am besten Hilfe spenden könne, und wollte nebenbei die Frage einem europäischen Kongresse zu internationaler Regelung vorgelegt sehen. Tony Revillon, der radikale Deputirte der Vorstadt Belleville, verlangte Einschreiten des Staates, die Regierung sollte nach seiner Meinung eine Reihe öffentlicher Arbeiten, z. B. die Pariser Stadtbahn, in Angriff nehmen und das Marsfeld zur Bebauung mit wohlfeilen Wohnungen verkaufen. Der Minister Ferry zeigte in längerer Rede, daß der Notstand nicht so schwer sei, wie man ihn darstelle, und daß ihm mit den Vorschlägen, die gemacht worden, nicht abgeholfen werden könne.

Sehen wir uns die Sache näher an. Der Notstand in Paris ist zum großen Teile eine Folge der Politik Napoleons des Dritten und des Barons Grenzboden I. 1884.

Hausmann. Es gehörte zu dieser Politik, die Arbeiter von Paris bei guter Laune zu erhalten, indem man eine große Bauhätigkeit entfaltete, und durch dieses Verfahren wurde die Stadt im weitesten Umfange fast gänzlich umgestaltet, indem ein Netz neuer Straßen und Plätze entstand. Infolge dessen gingen die Löhne für alle Bauarbeiter wesentlich in die Höhe, und dies hatte wieder zur Folge, daß Massen von Menschen sich vom Lande der Metropole zuwendeten. Vor den Palästen der Reichen und den großen eleganten Zinshäusern der Mittelklassen verschwanden aber eine Menge von Arbeiterwohnungen. Die Mieten im Mittelpunkte der Stadt stiegen rasch bis zur Uuerschwinglichkeit für den kleinen Mann, und als mit dem Sturze des Kaisertums die Gelegenheit zur Arbeit zu mangeln begann und bald beinahe ganz verschwand, sahen Tausende sich brotlos. Eine Zeit lang lebten sie davon, daß sie als Nationalgardisten Sold bezogen, und dann kam die Zeit der Kommune. Die Ereignisse während dieser Periode zeigten, daß zwischen dem Bürgertum und den Arbeitern eine tiefe Kluft bestand. Obwohl noch immer eine fremde Armee vor Paris stand, haßten die Kommunisten die Versailler mehr als die Preußen, und in dem Gedanken daran, daß sie Radikale und Sozialisten waren, vergaßen sie ganz ihre Eigenschaft als Franzosen. Es ist nicht zu verwundern, daß die jetzige Wiederkehr des Notstandes Erinnerungen an jene Zeit voll Schrecken wachruft. Tausende von Pariser Arbeitern sind ohne Beschäftigung. Namentlich das Baugewerbe liegt darnieder. Deutsche, Belgier und Italiener, bereit zu harter Arbeit, überschwemmen Frankreich und sind zufrieden, für weniger Lohn mehr Stunden zu arbeiten als der französische Maurer und Zimmermann. Sie von der Bewerbung auszuschließen, ist unmöglich, weil man in solchen Fällen im Auslande Vergeltung üben und die dort beschäftigten Franzosen fortschicken würde. Ferner wirkt der rege Unternehmungsgeist in Verbindung mit dem gewachsenen Geschick in der Produktion in Deutschland und Italien beschränkend auf die französische Ausfuhr. Die Statistik zeigt eine stetig sich steigende Abnahme im Export nach Deutschland; selbst 1882 wurden weniger Fabrikate dahin versandt als je in den letzten zwanzig Jahren, und 1883 war es noch schlimmer. Auch der Handel mit Italien, den Niederlanden, Oesterreich und Spanien zeigt einen Niedergang, der zum Teil sich durch erhöhte Zolltarife erklärt, aber in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Industrie in diesen Ländern große Fortschritte und so die französische Zufuhr entbehrlich gemacht hat. Natürlich ist nun beim Pariser der erste Gedanke, bitter über die Reichen zu klagen und nach Staatshilfe zu verlangen.

Ferry antwortete darauf: Wenn Privatunternehmer ihre Geschäfte schließen, so ist das nicht die rechte Zeit für den Staat, Werkstätten zu eröffnen. Die Leihhäuser, diese Barometer des Notstandes, bestätigen, sagte er, die Klage, daß das Elend allgemein sei, nicht. Paris ist im Zimmergewerbe nicht bloß durch das Zufließen fremder Arbeiter gedrückt, sondern auch durch das Angebot

billiger Arbeitskräfte, die aus der Normandie und dem Jura kamen. Dagegen hat ein Pariser Fabrikant es fertig gebracht, in der Herstellung wohlfeiler Spielsachen selbst Deutschland zu übertreffen, gewiß eine bemerkenswerte Leistung, wenn man bedenkt, was Nürnberg und das sächsische Erzgebirge auf diesem Gebiete für ein paar Groschen dem Markte zu liefern vermögen. Die Not unter den Mauern und Zimmerleuten ist, wie der Minister weiter behauptete, der Bauwut der letzten sechs Jahre zuzuschreiben: man hat in dieser Zeit zuviel kostspielige Häuser gebaut. Die Regierung war bereit, die Herstellung wohlfeiler Wohnungen für Arbeiter zu sanktionieren, aber der Gemeinderat wollte nicht. Um die Lage der Dinge zu mildern, wird man die Zahl der an Landstraßen beschäftigten Arbeiter vermehren und überhaupt mit öffentlichen Arbeiten energischer als bisher vorgehen.

Wir fürchten, daß weder Herr Ferry noch die Redner von der Farbe Tony Revillon's sich die Wirkung der von ihnen ins Auge gefaßten wirtschaftlichen Maßregeln recht klar gemacht haben. Gewiß ist es eine ganz berechnete Verwendung der Staatskraft, wenn man ungesunde Häuser, die Herde ansteckender Krankheiten, abreißt und durch gesunde ersetzt, aber die Herstellung billiger Wohnungen für die Pariser Arbeiterbevölkerung könnte die Lage nur verschlimmern. Wenn hier Tausende ohne Arbeit sind, so liegt es doch auf der Hand, daß die einzige Abhilfe darin besteht, daß dieselben Paris verlassen und sich anderwärts Beschäftigung suchen. Statt dessen mischt sich die Regierung ein und veranlaßt sie zu bleiben, indem sie ihnen billigere Mieten verschafft. Die Arbeiter in der Provinz hören ferner, daß in Paris für Leute ihrer Klasse auf Staatskosten wohlfeile Wohnungen hergestellt werden sollen, und natürlich drängen sie sich auf diese Kunde nach dem Paradiese, das ihnen in Aussicht gestellt wird. Aber das Leben verlangt mehr als Wohnung, und selbst eine umsonst zu habende Stube für den Arbeiter löst das Problem noch keineswegs, sie macht die Not nur ärger, da sie den Blutandrang nach dem Gehirn, das Zuströmen der Bevölkerung nach der Großstadt, vermehrt, und mehr Angebot von Arbeit den Preis derselben, die Löhne, herabdrückt. Ein Arbeiter, der mit einem Unternehmer unterhandelte, konnte sagen: „Ich kann mit dem oder jenem Lohne nicht auskommen; denn ich muß so und so viel Franks wöchentlich für eine Stube bezahlen.“ Thut aber jetzt der Staat Schritte, ihm für die Hälfte der früheren Miete Unterkunft zu verschaffen, so fällt die Berechtigung des Arbeiters zu höherem Lohne weg, und der Unternehmer kann den Lohn daraufhin getrost herabsetzen, da die Veränderung der Mietpreise einen Andrang auswärtiger Arbeitskräfte zur Wettbewerbung um Beschäftigung veranlaßt hat, der ihm doppelt so viel Hände zur Verfügung stellt, als sich ihm vorher boten. Statt billiger Wohnungen im Zentrum der Großstädte sollte der Arbeiterfreund vielmehr wünschen, daß sie teuer wären. Denn was würde die Folge sein? Die Löhne in Berlin, Wien, London, Paris u. s. w. würden fortwährend in

die Höhe gehen, und die Arbeitgeber würden genötigt sein, sie zu zahlen oder ihre Fabriken anderswohin zu verlegen. Die Zustände in London sind fast mit jedem Jahre unerfreulicher geworden, weil der Staat der städtischen Bevölkerung erlaubt hat, größtenteils in elenden, ungesunden Häusern und Hinterhöfen zu wohnen, für die man verhältnismäßig geringe Mieten zahlte. Trotz allem, was die Regierung thun mag, werden Großstädte wie London, Paris und Berlin immer zu viele Einwohner von auswärts an sich ziehen, aber es ist entschieden unklug, wenn man die unvermeidliche Vermehrung der Bevölkerung solcher Städte noch dadurch beschleunigt, daß man den Zuzug durch die Lockspeise billiger Mietpreise verstärkt. In diesem Punkte sollte sich die Aktion des Staates auf folgendes beschränken: die Behörde sollte den Besitzern ungesunder Wohnungen nicht gestatten, sie zu vermieten, sie sollte die Hauswirte zwingen, solche Wohnungen nach den Anordnungen der Gesundheitspolizei umzubauen oder zu beseitigen, und sie sollte alle Hausbesitzer bestrafen, welche sich weigern, dieser Pflicht nachzukommen, und welche darüber betroffen werden, daß sie ungesunde Stuben, Kammern oder sonstige Räume dieser Art vermietet haben. Mißht dagegen die Regierung sich in den Gang der Dinge in der Weise, daß sie im Mittelpunkte großer Städte billige Wohnungen für Arbeiter herstellen läßt, so wird sie die vorhandenen Übel nur schlimmer und die Aufgabe einer Beseitigung derselben unlösbar machen. In den Landbezirken, in Städten von Mittelgröße, selbst in den Vororten und Vorstädten der großen Metropolen läßt sich die Unterbringung der Armen ohne erhebliche Schwierigkeit bewerkstelligen. In Paris ist dies jetzt schon eine fast unmögliche Sache, und die Unmöglichkeit muß eine absolute werden, wenn man durch Darbietung billiger Unterkunft unter Dach und Fach noch mehr Arme, noch mehr Proletarier dahin lockt, als die Stadt bereits in ihren Mauern beherbergt. Man sollte sich deshalb dort lieber bemühen, zu zerstreuen, statt zu sammeln, Abzug zu schaffen, statt das Centrum des Landes weiter mit Elementen zu füllen, die unter Umständen sehr gefährlich werden können.

Natürlich würde Frankreich nicht Frankreich sein, wenn die wirtschaftliche Krisis nicht politische Quackhalber erzeugte. „Man bedecke das Marsfeld mit Häusern und vermiete sie an unsre Proletarier“ riet, wie erwähnt, der Vertreter Bellevilles. „Man setze die Religion wieder in ihre Rechte ein und stelle die alten Zünfte wieder her,“ perorirte de Mun, der klerikale Kreuzfahrer. „Der Individualismus richtet uns zu Grunde, der christliche Kommunismus wird uns retten.“ Das letztere ist eine alte Behauptung, die wir auch bei uns, z. B. von Bischof Ketteler, gehört haben, und die man kurz mit den Worten ausdrücken kann: Klöster sind besser als Armenhäuser. Indes steht dem Glauben der Klerikalen an gute Werke der Fanatismus des Parisers gegen alle Religion und allen Zwang gegenüber. Leute, welche die „Bourgeois“ nicht als Herren über sich anerkennen, werden schwerlich Mönche oder Zunft-

obermeister zu Diktatoren über sich wählen. Die wahre Gefahr liegt darin, daß die äußerste Linke eines schönen Tages den Einfall haben kann, die Krisis zu Parteizwecken zu benutzen und den Arbeitern die Flinten in die Hand zu geben. Es hat etwas Komisches, zu sehen, wie Ferry den Blick von Tonkin weg und den Straßen von Paris zuwendet, wo es jeden Tag eine Revolution geben kann. Auch die Ausdehnung des französischen Kolonialgebietes verheißt dem französischen Gewerbe keine Hilfe in der Not. Der Handel mit Algerien, einer alten Kolonie, hat sich in den letzten zehn Jahren thatsächlich um 25 Prozent vermindert, ein deutlicher Beweis für den Umstand, daß bei unsern Nachbarn nicht wie bei den Engländern der Handel der Fahne folgen muß. Wenn das mit einer Besetzung der Fall ist, die Frankreich seit länger als einem halben Jahrhundert gehört, so ist von der neuen Eroberung in Hinterindien gewiß noch weniger zu hoffen. Im Hinblick auf jedwede Zunahme der Unzufriedenheit in Paris werden alle Beobachter der französischen Politik sich erinnern müssen, daß eine Revolte dort jetzt mehr Aussicht auf Erfolg hätte als 1871. Alle Mittelpunkte der staatlichen Autorität liegen jetzt innerhalb des Griffes des Pöbels, und Frankreich hätte jetzt, wenn die bösen Geister von der roten Fahne sich gegen die besitzende Klasse erhoben, keine Regierung und Gesetzgebung in Versailles, um die es sich sammeln könnte. Andererseits freilich existirt in Paris auch keine Nationalgarde mehr, welche dem Volke der Straße Mut einflößte und die Soldaten verführte. Die Revolution steht sicher noch nicht vor der Thür, aber immerhin am Gesichtskreise, und schon eines der nächsten Jahre kann sie bringen, und wer sich entsinnt, was für grimmige Leidenschaften vor dreizehn Jahren plötzlich erwachten, und wie bitter die Überlebenden von den Kommunarden die Erschießungen und Deportationen ihrer Genossen empfanden, dem wird schon das erste Murren der Pariser Unzufriedenheit unheimlich und Unheil bedeutend genug vorkommen.

